



HortretterInnen



Wir bedanken uns herzlich bei allen Parteien und Wählergemeinschaften, dass sie sich die Zeit genommen haben, unsere Fragen zu beantworten.

Die Reihenfolge der Parteien und Wählergemeinschaften ist der Wahlliste der Hansestadt Lübeck entnommen und stellt keine Wertung oder Gewichtung dar. Der Übersichtlichkeit halber wurden die gegebenen Antworten teilweise gekürzt und auf Stichpunkte reduziert. Ergänzende Texte, die nicht unmittelbar der Beantwortung der jeweiligen Frage dienten, wurden weggelassen. Ebenso alle Hinweise darauf, dass die gegebene Antworten sich auf Lübeck bzw. kommunale Entscheidungen beziehen. Wo nicht ausdrücklich Landes- oder Bundesmaßnahmen erwähnt sind, beziehen sich die dargestellten Antworten also alle direkt auf Lübecker Kommunalpolitik. Ebenso wurden Hinweise auf in der Vergangenheit gefasste Beschlüsse oder Anträge weggelassen, da die gestellten Fragen sich auf die Zielsetzungen der einzelnen Parteien für die kommende Regierungsperiode beziehen. Außerdem wurden wiederholt gemachte Aussagen/Stichpunkte nur einmal wiedergegeben. Alle genannten Kürzungen wurden gewissenhaft und sorgfältig unter der Bemühung vorgenommen, die jeweiligen Kernaussagen der Antworten herauszustellen und sie übersichtlich und vergleichbar zu machen und trotzdem inhaltsgetreu wiederzugeben. Sollte es durch die Kürzungen dennoch zu Fehldarstellungen in den Antworten gekommen sein, ist dies unabsichtlich geschehen und wir bitten dies zu entschuldigen.

Aufgrund der Ausführlichkeit mancher Antworten haben wir an einigen Stellen auch Teilantworten weggelassen, um nicht dem Rahmen zu sprengen, diese sind mit '***' markiert.

Die vollständigen Antworten aller Parteien und Wählergemeinschaften sind in der beigefügten Datei „Vollständige Antworten“ nachzulesen. Die nicht aufgeführten Parteien, Die Partei und DKP wurden ebenfalls angefragt, haben aber nicht geantwortet.

Eltern und andere Interessierte können die detaillierten Antworten der Parteien zudem online auf der KEV-Homepage (<http://www.kita-eltern-sh.de/kev/luebeck/>), der Seite <https://chancenfreiheit.de>, der Homepage der HortretterInnen (<http://www.hortretter.de>) sowie auf der Facebook-Seite der „Elterninitiative zur Vereinbarung von Familie und Beruf“ einsehen.



HortretterInnen



Für mehr
**chancen
FREIHEIT**

Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
1. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass die Elternbeiträge für die Kindertagesbetreuung zukünftig nicht weiter steigen und mittelfristig reduziert werden?	Es ist eine sachgerechte Entlastung der Eltern angestrebt. Höhe der Kosten für die Kindertagesbetreuung jedoch ganz wesentlich vom Umfang der Zuschüsse von Bund und Land abhängig.	Ja. Langfristig schrittweise Reduzierung der Elternbeiträge bis zur Beitragsfreiheit . Zunächst jedoch Verbesserung der Qualität der Kindertagesbetreuung und der Schulkindbetreuung.	Ja, eine Reduzierung ist angestrebt, die Höhe ist abhängig von den zukünftigen Landesmitteln.	Ja, schnellstmöglich Deckelung , mittelfristig Beitragsfreiheit .	Ja, keine Erhöhung , mindestens letztes Kita-Jahr beitragsfrei.	Ja, Beitragsfreiheit angestrebt.	Ja, zunächst keine Steigerung, langfristig Beitragsfreiheit .	Finanzielle Entlastung derer, die dieser bedürfen. Nicht für finanzstarke Eltern.	Ja, Reduzierung der Beiträge, Einführung einer Sozialstaffelung.	Ja, keine Erhöhung , einer Reduzierung wird zugestimmt.
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Betreuungsquoten in Lübeck (derzeitig 39 % im U3-Bereich bzw. 86 % im U3-Bereich) deutlich steigen, damit eine dem wachsenden Bedarf gerechte Anzahl von Krippen- und Kitaplätzen zur Verfügung steht? Welche Quote streben Sie bis 2023 an?	Bedarfsgerechte Versorgung sowohl im U3 als auch im Ü3-Bereich angestrebt. Dieses ist unabhängig von Quoten.	Bedarfsgerechte Betreuungsquote angestrebt. Jedes Kind muss einen Betreuungsplatz bekommen. Der Bedarf muss ermittelt und langfristig plant werden. Eine hundertprozentige Betreuungsquote an jedem Ort ist nicht möglich und finanzierbar.	Es muss festgestellt werden, ob der Bedarf bisher richtig ermittelt wird. Ausreichende, bedarfs- und anforderungsgerechte Betreuung angestrebt.	Die absolute Anzahl der Plätze muss bedarfsgerecht steigen . Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss für alle Familien möglich sein. 100 % im Ü3-Bereich angestrebt. Ausbau von inklusiven Angeboten , um Kindern mit besonderem Förderbedarf gerecht zu werden.	Verbindliche Wiedereinführung der Vorschule (100 % im Ü5-Bereich). Für jüngere Altersgruppen Betreuungsquoten weit unter 100% akzeptabel, wenn sie Ausdruck der Wahlfreiheit der Eltern sind.	Deutlicher Ausbau . Im Ü3-Bereich sollte mindestens mit 95% und im U3-Bereich mindestens mit 50% geplant werden. Wichtig ist die bedarfsgerechte Planung, dazu sind die Pläne regelmäßig zu überprüfen und (zukünftige) Eltern zu befragen.	Ein Ausbau sollte erfolgen. Umfang der Erweiterung hängt von Landesgeldern und verfügbaren Fachkräften ab.	-	Deutlicher Ausbau , insbesondere im Ü3-Bereich. Transparente Erfassung des Bedarfs, ggf. genaue Bedarfsermittlung durch unabhängiges Gutachten.	Ausweitung der Betreuungsquote , Berücksichtigung von zukünftigem Betreuungsbedarf in Neubaugebieten. Im U3-Bereich sollen mindestens 50 % erreicht werden. Im Ü3-Bereich schnellstmöglich Deckung des Bedarfs zu 100 %.
3. Werden Sie sich für eine Aufstockung der kommunalen Betriebskostenzuschüsse für die Lübecker Kitas einsetzen, um mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten und/oder kleinere Gruppengrößen zu ermöglichen?	Keine weitere Aufstockung geplant. Unabhängig von der Höhe der Bezuschussung ist eine ausreichende personelle Ausstattung, die auch Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten ermöglicht, angestrebt.	Ja. Vor allem durch bessere Personalschlüssel und mehr Springerkräfte . Einsatz weiterer Mittel in Abstimmung mit Verwaltung und freien Trägern.	Höhere Personalschlüssel, mehr Verfügungszeiten, mehr Vorbereitungszeit sind angestrebt.	Nein. Für die genannten Zwecke sollen Landesmittel aufgebracht werden. Einsatz für mehr Landesmittel.	Ja, für kleinere Gruppen und mehr Betreuungskräfte .	Ja, für mehr Vertretungskräfte, mehr Vorbereitungs- und Fortbildungszeiten, kleinere Gruppengrößen, mehr zeitlichen Spielraum für die Kita-Leitungen, Abbau von Bürokratie .	Ja, schrittweise Aufstockung der Mittel.	-	Ja, aber nicht für die genannten Zwecke sondern statt dessen mehr Vollzeitstellen für ErzieherInnen und SPAs schaffen.	Ja, für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels und bessere Bezahlung der Mitarbeiter auch bei freien Trägern.
4. Welche Möglichkeiten sehen Sie auf kommunalpolitischer Ebene, dem Fachkräftemangel im Bereich der Kindertagesbetreuung (ErzieherInnen, Sozialpädagogische AssistentInnen) in Lübeck entgegenzuwirken?	- Unterstützung des umfangreichen Ausbildungsprogramms angestrebt - Ausbildung von Fachkräften durch freie Träger - entsprechende Programme des Landes und des Bundes werden unterstützt	- besserer Personalschlüssel - mehr Springerkräfte - freie Träger in die Lage zu versetzen, gute Löhne zu bezahlen - verbesserte Kooperation der Stadt mit der Dorothea-Schlözer-Schule mit dem Ziel, die neuen Fachkräfte in Lübeck zu halten	- bessere Bezahlung - Aufbau eines Stipendiums - Programme zum Quereinstieg	- Stärkung der fachschulischen Ausbildung - Einführung eines dualen, vergüteten Ausbildungssystems - Maßnahmen zur Förderung von Quereinstiegen , z. B. berufsbegleitende Angebote - Ausbildung in Teilzeit ermöglichen - gleiches hohes Niveau der Arbeitsbedingungen bei städtischen Einrichtungen und freien Trägern schaffen	- Verbesserung der Arbeitsbedingungen - Entlastung der Mitarbeiter von nicht-pädagogischen und administrativen Nebenaufgaben zur Erhöhung der Attraktivität der Berufe	- Verbesserung der Attraktivität der Ausbildung - Verbesserung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen - höhere Jobsicherheit und persönliche Freiheit für die Mitarbeiter - Ausbau von Weiterbildung - Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten	- Ausbildung über den Bedarf der städtischen Einrichtungen hinaus - Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in den städtischen Einrichtungen	- Installation einer kommunalen Ausbildung in Kooperation mit einem Bildungsträger unter der Fachaufsicht des Landes - staatliche Anerkennung als Abschluss - berufsbegleitende Ausbildung und Kinderbetreuung während der Unterrichtsstunden	- Erarbeitung tragfähiger Konzepte mit Erziehern/ SPAs, freien Trägern - Reformierung von Ausbildung zum Erzieher/ SPA: Beitragsfreiheit, Ausbildungsvergütung, kommunale Stipendien , Möglichkeiten von Fernstudium , vergünstigte Wohnheimplätze - Förderung von sichereren Arbeitsverhältnissen: unbefristete Verträge, Arbeit auch in Vollzeit möglich, Vergütung nach Tarif, Beamtenstatus etc.	- praxisorientierte und vergütete Ausbildung - Möglichkeit für die Träger, Ausbildungsverträge mit angehenden ErzieherInnen an der Dorothea-Schlözer-Schule abzuschließen - höheres Einstiegsgehalt - besserer Betreuungsschlüssel - langfristige Arbeitsverträge - Fortbildungsmöglichkeiten wie z.B. nebenberufliches Studium - Maßnahmen zur Förderung von mehr Männern in Kitas

'-' = Frage nicht beantwortet

*Die nicht gelisteten Parteien (Die Partei, DKP) wurden angefragt, haben jedoch nicht geantwortet.
**Antwort aus Platzgründen um einige Punkte gekürzt, vollständige Antwort siehe Anhang



HortretterInnen



Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
5 Maßnahmen zur Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten:										
- mehr Früh- und Spätdienste	Wir setzen uns für ein breit gefächertes Angebot mit unterschiedlichen Anfangs und Endzeiten in den Lübecker Kitas ein (anhängig vom Bedarf).	Wir unterstützen alle diese Anregungen, die unter Berücksichtigung der Interessen aller Kinder und der MitarbeiterInnen in den Kitas umsetzbar sind. Das kann sich im Einzelfall widersprechen. Dann liegt unsere Priorität auf kindgerechten Abläufen in den Kitas und erträglichen Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen.	ja	ja	Ja zu allen Punkten, wenn sie geeignet sind, einen echten Bedarf zu decken und wirtschaftlich vertretbar sind.	Ja, schrittweise Aufstockung der Randzeitenbetreuung sobald genug Fachkräfte vorhanden	ja		Ja, aber wegen Fachkräftemangels derzeit sehr schwer umsetzbar. Daher erst mehr Vollzeitstellen für Erzieher schaffen.	ja
- freier wählbare Stundenzahl	An welchen Kitas diese Angebote vorgehalten werden, hängt wesentlich von der Lage und Größe der jeweiligen Einrichtung ab. Von der Größe ist es auch abhängig, ob ein Krippen- oder		nein	ja		Ja, max. 10 Stunden pro Tag. Frei wählbare Stundenzahl für Eltern unter Berücksichtigung der Möglichkeiten der Einrichtungen.	nein		Ja, aber wegen Fachkräftemangels für derzeit sehr schwer umsetzbar. Deshalb zunächst gemeinsam mit Trägern prüfen, ob feinere Staffelung der Stundenzahlen möglich.	Ja, freier wählbare Stundenzahl angestrebt, im Bedarfsfall in Kombination mit dazu buchbaren Früh- und Spätdiensten. Darf jedoch nicht zu einer Unterfinanzierung der Einrichtungen führen.
- Streichung/ Reduzierung der Schließtage	Kitaeinstieg ganzjährig erfolgen kann.		ja	ja		ja	ja		Ja, einheitliche Regelungen für alle Träger der Grundschul-, Krippen- und Kitabetreuung angestrebt	Ja, weitere Reduzierung, ggf. auch eine komplette Streichung der Schließtage
- ganzjähriger Krippen- bzw. Kitaeinstieg			ja	Ja, aber zunächst Flexibilisierung der Betreuungszeiten und Schließtage. Verpflichtende Nutzung der SH-KiTa-Datenbank für alle Anbieter, um freie Plätze kurzfristig für Eltern darzustellen.		ja	nein		ja	ja
- weitere			Verstärkung von Angeboten in Rand-, Wochenend- und Ferienzeiten	Synchronisation der festen Schließzeiten (z.B. in Stadtteilen) von Kitas, Grundschulbetreuung						Kinderbetreuung auch am Samstag und Sonntag in ausgewählten Einrichtungen
6 Werden Sie sich dafür einsetzen, die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zur Reduzierung der Schließtage im Rahmen der anstehenden Budget-Verhandlungen auch mit den freien Trägern verbindlich zu machen?	Stadtweite Umsetzung der Reduzierung der Schließzeiten angestrebt.	Umsetzung der Reduzierung der Schließtage partnerschaftlich mit den freien Trägern angestrebt.	ja	ja	ja	ja	ja		Ja. Zusätzlich Synchronisation der Schließtage für alle Träger der Grundschul-, Krippen- und Kitabetreuung angestrebt.	ja



HortretterInnen



Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
7 Welche weiteren Maßnahmen zur Steigerung der Qualität der Kindertagesbetreuung bis 2023 planen Sie?	- bereits beschlossene und vorhandene Maßnahmen und Mittel konsequent stadtweit umzusetzen und dieses auch qualitativ überprüfen	- Mitarbeit bei der Novellierung des Kita-Gesetzes - bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung im U3- und Elementarbereich vor allem im Ganztagsbereich - behutsamer Ausbau von Qualität und Quantität in der Schulkindbetreuung - kleinere Gruppen - mehr Personal - bedarfsgerechte Betreuungszeiten - zielgerichtete Fort- und Weiterbildung der Kita-MitarbeiterInnen	siehe Punkte 1 und 2	- regelmäßige Evaluation, Messbarkeit und Vergleichbarkeit der Qualität der Kitas - kurzfristig Garantien für Schließtagereduzierung , Ausbau der Randzeitenbetreuung sowie Deckelung der Elternbeiträge schaffen	siehe Punkt 3	- Neubau inklusive Kitas - bessere bauliche Bedingungen für Inklusion - mehr multiprofessionelle Teams , mehr Schwerpunkt-Kitas (Demokratische Kitas, Sport-Kitas, Musik-Kitas, Europa-Kitas, Umwelt-Kitas) - Zusammenarbeit mit Elterninitiativen und -vertretungen			- wohnortnahe Betreuung - planbare, verlässliche, qualitätvolle Betreuung von Ende Elternzeit bis Ende Grundschulalter - Maßnahmen nach Priorität: 1. Abbau Fachkräftemangel 2. Bessere Räumlichkeiten und Ausstattung 3. Mehr Elternbeteiligung bei Entscheidungen 4. kontinuierliche Fortbildungen für Betreuer 5. ausreichende Fördermittel für individuelle Förderung 6. Ganztägige I-Plätze für Kita und Grundschule 7. Zugang zu qualifiziertem heilpädagogischen Personal 8. Aufstockung von Halbtags- zu Vollzeitplatz jederzeit möglich 9. Wahlfreiheit Kindertagespflege, Krippe, Kitas	besserer Betreuungsschlüssel in allen Kinderbetreuungsformen - Ausweitung von Ganztag in Schule , qualitative Verbesserungen hin zu Hortstandards an den Betreuten Grundschulen schaffen - Kurzfristige Einrichtung von mindestens einer GanztagsPlus Gruppe an allen Betreuten Grundschulen. Bedarf ist von der Verwaltung, der Schule, den Eltern und dem Freien Träger direkt zu ermitteln - personelle Verzahnung von Schule und Nachmittagsbetreuung mit multiprofessionellen Teams - ausreichende Anzahl an Springerkräften für Urlaubs- und Krankheitsvertretung - Mitarbeit bei der Novellierung des Kita-Gesetzes



Stadtelternvertretung

HortretterInnen



Für mehr
**chancen
FREIHEIT**

Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
8 Welchen Stellenwert messen Sie der Kindertagespflege in Lübeck bei? Welche Maßnahmen zur Unterstützung von Kindertagespflegepersonen planen Sie? KTP = Kindertagespflege KTPP = Kindertagespflegeperson/en JHA = Jugendhilfeausschuss	<p>Stellenwert: Die KTP ist ein integraler Bestandteil der Kinderbetreuung in der Hansestadt Lübeck. Wir sehen in ihr nicht nur eine sinnvolle, sondern auch eine notwendige Ergänzung des Systems der Kinderbetreuung.</p>	<p>Stellenwert: Die KTPP haben in den vergangenen Jahren einen erheblichen Beitrag geleistet, dass die Stadt den seit 2013 gültigen Rechtsanspruch erfüllen konnte. Die angemessene Anerkennung hierfür wurde manchmal vernachlässigt. Grundsätzlich ist es gut für Eltern, Wahlfreiheit zwischen KTP und Kita zu haben. Maßnahmen: - verbesserte Regelungen z. B. zur Vertretung, Bezahlung und Kündigungsfristen erforderlich - Balance zwischen Kita und KTP soll erhalten bleiben - Verhältnis zwischen KTP bzw. Verbund und Verwaltung verbessern</p>	<p>Stellenwert: Die KTP übernimmt einen wichtigen Teil der Betreuungsangebote in Lübeck. Vielen Eltern, die diese Form bevorzugen, wird somit eine Betreuung in einem familiären Umfeld eröffnet. Maßnahmen: - verbesserte Mitbestimmung der Eltern und der KTPP - Eltern und KTPP in Entscheidungsprozesse (z. B. im JHA) einbeziehen</p>	<p>Maßnahmen: - gleichwertige Förderung der KTP, damit die Eltern bei der Kinderbetreuung eine echte Wahlmöglichkeit haben - Verbesserung der städtischen Unterstützung - zusätzliche bezahlte Fortbildungszeiten - durch eine Attraktivitätssteigerung des freiberuflichen Kindertagespflegewesens</p>	<p>Stellenwert: KTP ist eine der tragenden Säulen der Kinderbetreuung. Es gibt in Lübeck viele KTPP, die eine hervorragende Arbeit leisten und die Kinder liebevoll und mit viel Sachkenntnis betreuen und vertrauensvoll mit den Eltern zusammenarbeiten. Maßnahmen: - KTP erhalten und ausbauen - freie Tagepflegeplätze bei ausgewählten KTPP vorhalten, die bei Krankheit einer anderen Pflegeperson für deren betreute Kinder zur Verfügung stehen</p>	<p>Stellenwert: KTP und Kindertagesstätten sind gleichberechtigte Formen der Kinderbetreuung. Maßnahmen: - bessere Bezahlung, um Altersarmut zu verhindern - alle Investitionen in Betreuungsqualität (Personal, Ausstattung, Umbau, Fortbildung usw.) sind beiden Formen gleichmäßig zu erstatten. - Bearbeitungsdauer der Anträge auf Kostenerstattung für KTP deutlich reduzieren - Vertretung im JHA für KTP, Beteiligung an allen Fragen zur Kinderbetreuung</p>	<p>Stellenwert: Die KTP ist vom Gesetzgeber als gleichrangiges Angebot im Verhältnis zu Kindertagesstätten vorgesehen. Diese Zielvorgabe begrüßen wir ausdrücklich, insbesondere weil wir den familiären Charakter der Kindertagespflege als besonders positiv wahrnehmen. Maßnahmen: - bürokratischen Aufwand begrenzen</p>		<p>Stellenwert: Zukünftig echte Wahlfreiheit zwischen KTP und Krippe/Kita. KTPP nicht als Überbrückung, wenn Platz in Krippe/Kita nicht gefunden wurde. Rechte von KTPP sollen gestärkt werden; förderungsrechtliche Richtlinien wie bei Krippen/Kitas Maßnahmen nach Priorität: 1. verlässliches Vertretungssystem im Krankheitsfall 2. finanzierte Fortbildungstage 3. Förderung von Vollzeitplätzen, gleiche vertragliche Grundlagen von Kündigungsfristen für KTPP wie für Krippen/Kitas 4. Förderungen für 1-Kind-Betreuung 5. Vergütung von Vor- und Nachbereitungen, Elterngesprächen sowie Verwaltungsaufwand, Beiträge zur Pflichtversicherung in der Unfallkasse voll erstaten 6. Transparenz bei der kommunalen Förderung in der Kindertagespflege</p>	<p>Stellenwert: Leisten wesentlichen Beitrag, Familie und Beruf zu vereinbaren. Decken Randzeiten flexibel ab, bieten teilweise Wochenendbetreuung an, nehmen Kinder ganzjährig auf. KTPP übernehmen die Betreuung von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf. Gleichwertige Bildungs- und Betreuungsform zur Kita. Qualitätsstandards wichtig. Arbeit als KTP darf nicht dazu führen, unterhalb des Mindestlohns zu arbeiten und in Altersarmut zu geraten, während Eltern Vollzeitstätigkeit ermöglicht wird. Maßnahmen: - Betrag, den KTPP je Kind/h erhalten, am Förderungsbedarf der betreuten Kinder orientieren - Vertretung der KTPP sowie einer Elternvertretung im JHA - bezahlte Fortbildungszeiten bei freier Wahl des Fortbildungsthemas und -anbieters, höhere Zuschussung - Krankheitsvertretung ermöglichen - Abrechnungsvorgänge beschleunigen</p>

'-' = Frage nicht beantwortet

*Die nicht gelisteten Parteien (Die Partei, DKP) wurden angefragt, haben jedoch nicht geantwortet.
**Antwort aus Platzgründen um einige Punkte gekürzt, vollständige Antwort siehe Anhang



HortretterInnen



Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
9 Werden Sie sich – auch angesichts des geplanten Rechtsanspruchs – dafür einsetzen, dass eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angeboten wird?	vor allem eine einheitliche Qualität der Betreuung angestrebt	Ja, dafür werden wir uns einsetzen.	Es wird eine gute und bedarfsgerechte Kinderbetreuung angestrebt, die einerseits für alle bezahlbar bleibt, und es ermöglicht, guten Gewissens einer Erwerbstätigkeit nachzugehen oder eine Ausbildung zu machen. Es soll flächendeckend eine Auswahl an flexiblen Angeboten vorgehalten werden, die auf die Bedarfe der Eltern möglichst weitgehend zugeschnitten sind.	Offene Ganztagskonzepte an Schulen dürfen kein Ersatz für die zeitlich und pädagogisch umfassendere Betreuung in Horten sein. Eltern müssen zwischen den unterschiedlichen Betreuungskonzepten frei wählen können. Ein einheitlich hohes pädagogisches Qualitätsniveau ist hierbei zu erreichen. Des Weiteren ist eine Kooperation von Sportvereinen, Musik- und Kunstschulen sowie anderen Einrichtungen für vielfältige Angebote der Nachmittagsbetreuung angestrebt.	Kurze Beine, kurze Wege. Dies gilt nicht nur für die Schulen, sondern auch für die Hortbetreuung . Im Idealfall findet diese in der Grundschule statt, um unnötige, zusätzliche Wege für die Kinder zu vermeiden.	Ja. Wir begrüßen die Vielfalt der Betreuungsangebote und die Ausübung des Wunsch- und Wahlrechts der Eltern. Die Eltern sollen ihre Entscheidung gut informiert und ohne Druck (finanziell oder anderer) treffen.	ja		Eine Wahlfreiheit ist wichtig für Familien, denn Kinder sind unterschiedlich und stellen individuelle Anforderungen an die Betreuung. Es sollen Hortstandards an den Betreuten Grundschulen geschaffen werden. Maßnahmen, die diesen Prozess beschleunigen und qualitativ verbessern, werden befürwortet und unterstützt. Neben der Aufwertung der Betreuungsqualität ist es wichtig, die räumlichen Voraussetzungen an den Grundschulen so zu verbessern, dass Kinder mit unterschiedlichen Bedarfen (ruhige, wie auch laute) entsprechende Frei- und Rückzugsräume geboten bekommen.	Ja, mit Blick auf die unterschiedlichen Bedarfe von Kindern und Familien sowie das gesetzlich verbrieft Wunsch- und Wahlrecht der Eltern wird eine bedarfsgerechte Schulkindbetreuung durch unterschiedliche Betreuungsformen (Betreute Grundschule, Horte und Kindertagespflege) angestrebt.



HortretterInnen



Für mehr
**chancen
FREIHEIT**

Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
10 Welche Maßnahmen planen Sie, um Inklusion von Grundschulkindern auch in der Nachmittagsbetreuung bedarfsgerecht zu ermöglichen?	Teilhabeplan für Menschen mit Handicap beantragt und auf den Weg gebracht. Ein erster Schritt ist die Barrierefreiheit in den Schulen als Grundvoraussetzung für eine bedarfsgerechte Nachmittagsbetreuung vor Ort	Bedarf an zusätzlichen Maßnahmen ermitteln und gemeinsam mit den AkteurInnen der Nachmittagsbetreuung schnell wie möglich umsetzen . Abgestimmtes und gut finanziertes Inklusionskonzept an allen Schulen angestrebt.	inklusive Pädagogik angestrebt, Nachmittagsangebote sind Teil der inklusiven Bildung	- Über- und Unterforderung von Schülern vermeiden - frühe Feststellung von Schwächen, Begabungen und Lernschwierigkeiten, um individuelle Förderung an entsprechend geeigneten Schulen zu ermöglichen - sowohl lernschwächere als auch hochbegabte Kinder entsprechend ihrer Begabungen und Fähigkeiten fördern - Nachmittagsbetreuung für Kinder mit Inklusionsbedarf an Integrations-schwerpunktschulen - Integrationshelfern in Nachmittagsbetreuung an Integrations-schwerpunktschulen - Ausstattung von Schulen und Sportvereinen mit bedarfsgerechten Geräten und Sportanlagen , um Inklusion qualitativ zu verbessern	- keine generelle Verteilung aller Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auf Regelklassen - Erhalt des uneingeschränkten elterlichen Wahlrechts , sich auch für ein Förderschulangebot entscheiden zu können - Einrichtung von Förderschulklassen in Gebäuden von Regelschulen - gemeinsamer Unterricht über die Klassengrenzen hinaus, wann immer sinnvoll - Einsatz von Schulassistenten für sonderpädagogische Unterstützungsangebote	- Bereitstellung finanzieller Mittel zur Förderung von Inklusion - Schaffung personeller Ausstattung (Fachkräfte aus verschiedenen Disziplinen) - kommunale Wertschätzung und Unterstützung eines gesellschaftlichen inklusiven Lebensumfeldes	Unterstützung der Einrichtungen bei ihren Bedarfen bei der Umsetzung der Inklusion		- frühzeitiges Erkennen von Förderbedarf von Kindern bereits in Tagespflege/Krippe /Kita durch geschultes Personal - Ganztagsbetreuung in Grundschule UND Kita auch für I-Kinder - individuelle, koordinierte Förderung durch multiprofessionelle Teams und qualifiziertes heilpädagogisches Personal in Tagespflege /Krippe/Kita	- behindertengerechte Schulgebäude - Förderung von Mobilität (an Unterrichtszeiten angepasste Busfahrzeiten, sichere und barrierefreie Fuß- und Fahrradwege zu den Schulen) - Erhalt und Wahrnehmung eines individuellen Rechts auf Schulbegleitung im Vormittags- und Nachmittagsbereich - Erstellung eines Integrations-/Inklusionswegweisers - Beratungsangebot und Coaching für Eltern in Schulen und Kitas - flächendeckende Angebote für Kinder mit besonderem Förderbedarf - flächendeckende Umsetzung von Inklusion bei der Nachmittagsbetreuung an Schulen



HortretterInnen



Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
11 Welche Pläne haben Sie – von der Kindertagesbetreuung abgesehen – Lübeck für Familien und Kinder attraktiver zu machen (Angebote, Infrastruktur, usw.)?	viele Vorstellungen vorhanden, Details siehe Wahlprogramm	- Schaffung von familiengerechtem und bezahlbarem Wohnraum - von der Stadt beeinflussbare Nebenkosten in Grenzen halten - Schaffung von Wohneigentum für Familien durch Ausweisung umwelt- und naturschutzgerechte Baugebiete für Eigenheime ermöglichen - Unterstützung von Wirtschaftsbetrieben zur Schaffung von gut bezahlten und familiengerechten Arbeitsplätzen fortführen und intensivieren - weitere Punkte im Wahlprogramm	- zusätzliche qualitative Vergabekriterien bei der Vergabe von Gewerbeflächen (z.B. Angebot von Kinderbetreuung, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle) schaffen	Netzwerke zur Unterstützung von Eltern: - Hausbesuche von Hebammen - Beratungsangebote für junge Familien - Familienwegweiser Sportangebote: - Unterstützung von Vereinen die sich stark im Bereich Kinder-, Jugend- und Seniorensport sowie im Gesundheitssport betätigen oder besondere Integrationsleistungen erbringen - Unterstützung von Kooperationen von Vereinen mit Schulen, Kindergärten und Kindertagesstätten Geburtshilfe: - Erhalt der Wahlmöglichkeiten zwischen Geburtshilfeklinik, Geburtshaus oder Hausgeburtsort - Unterstützung für freie und Beleghebammen	Willkommensgeld für Kinder in Lübeck - keine Indoktrination und Frühsexualisierung von Kindern - Erhalt bzw. Bau von Schulen, insbesondere Grundschulen in der Nähe von Wohngebieten - kurze und sichere Schulwege - Verbesserung der Sicherheitslage in ganz Lübeck, keine Bedrohung von Eltern und Kindern durch Kriminelle	Wohnen und Wohnumfeldgestaltung: - Neubau von Wohnungen - Gestaltung neuer Wohngebiete Mobilität: - Anschluss an den HVV - Geschwisterkarte im Nahverkehr - Beendigung des Sanierungsstaus bei Fuß- und Radwegen Kultur: - Kulturschaffende dazu anhalten, spezielle Veranstaltungen für Familien bei der Planung zu berücksichtigen Teilhabe: - inklusive Stadtteilhäuser, die Vereine, Initiativen, Verbände und Kultur im Stadtteil versammeln und durch Bürgerbeteiligung ermöglichen, dass Familien ihre Angelegenheiten in die eigene Hand nehmen und mitgestalten können - Existenz bestehender Nachbarschaftsbüros sichern - Ausbau eines Lübecker Netzwerkes solcher Büros angestrebt	- mehr Personal und Geldmittel für die Bauunterhaltung von Schulgebäuden - Erhalt aller Grundschulstandorte im Stadtgebiet und Ergänzung um neue Standorte - Erhalt der Trägervielfalt in der Jugendhilfe durch weiterhin langfristige Budgetverträge mit Zielvereinbarungen - gesunde, ausgewogene Ernährung in allen Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche - keine Schwächung der beruflichen Gymnasien durch zu viele weitere Oberstufen an Gemeinschaftsschulen - bessere Ausstattung der Berufsschulen zur Sicherung des Ausbildungserfolgs im Rahmen der dualen Ausbildung - Fortschreibung der Sportförderrichtlinie zur Stärkung des dezentralen und vielfältigen Vereinsangebots in Lübeck - Erhalt der Freibäder in Moising und Schlutup, sowie aller Schwimmhallen	Ausreichend bezahlbarer Wohnraum mit guter Infrastruktur	- Schulen sanieren und zeitgemäß umgestalten - zeitgemäße Spielplatzplanung für alle Altersgruppen, barrierefrei, modern und wohnortnah - saubere und sichere Spielplätze durch Einzäunung - Spielgeräte in den Einkaufszonen der Stadt, dort wo Platz ist, schaffen	**Soziales: Maßnahmen gg. Jugendarbeitslosigkeit und für Schulabgänger ohne Schulabschluss; Stärkung Jugendmigrationsdienst; städt. Busverkehr vergünstigen; Schaffung sozialen Wohnraums; Unterstützung aller Maßnahmen gegen Kinderarmut Kinder-/Jugendbeteiligung: Einbeziehung in Pläne der Stadt, Stärkung Schülervertretungen/ Stadtschülerparlament; Ausbau Jugendtreffs, Jugendzentren, Kinder- und Jugendforen; Kinder- und Jugendhaushalt Natur- und Klimaschutz: besserer Klima- und Naturschutz, weniger Verkehrsemissionen; Naturerlebnispfad, Kooperation KGVs, Kindergärten, Schulen; Ausbau Umwelt-Bildungs-Zentrum; Ausbau (Bau-)Spielplätze, naturnahe Spielplätze mit Kindern Verkehr, Schule und Sport: sichere Radwege, barrierefreie Gehwege; Ausbau und Sanierung von Schulen und Schultoiletten; Erhalt wohnortnaher Grundschulen; Förderung von Sportvereinen, Stärkung Volkshochschule



HortretterInnen



Für mehr
**chancen
FREIHEIT**

Frage / Partei*	CDU	SPD	Grüne	FDP	AfD	LINKE	Freie Wähler	BfL	Die Unabhängigen	GAL
12 Welche Pläne haben Sie, Lübecker Kindern aus einkommensschwachen oder benachteiligten Familien mehr Chancengleichheit zu ermöglichen?	<ul style="list-style-type: none"> - volle und bedarfsgerechte Ausschöpfung der vorhandenen Mittel (Bildungs- und Teilhabefonds, vergünstigte Kinderbetreuung, Landes- und Bundesmittel) angestrebt 	<ul style="list-style-type: none"> - Erhalt und Ausbau des Lübecker Bildungsfonds - siehe Antworten unter Punkt 11 - Weiterentwicklung der Schulen, damit guter Unterricht für alle Kinder möglich ist und die Schule zum Lebens- und Lernort wird, wo alle Kinder jeden Tag gern hingehen und Spaß am Lernen haben - gute Schulpolitik gemeinsam mit der Landesregierung partnerschaftlich entwickeln - Investitionen in die Gebäude und die Ausstattung der Schulen sind zu intensivieren - verwaltungstechnische Abläufe zur Umsetzung müssen optimiert werden - Langfristige Verbesserung der Personalausstattung in der Bauverwaltung 	<ul style="list-style-type: none"> - regelmäßiger Tag „Stadt für alle“ mit kostenloser Nutzung der städtischen Infrastruktur (z.B. Museen, Stadttheater, Schwimmbäder, Stadtbusse, Strände) - Anhebung der Mietobergrenzen, die von den Ämtern bei Sozialleistungen übernommen werden, an den aktuellen Mietspiegel - Einrichtung einer freiwilligen Wohnraumbörse - niedrigschwellige Beratungsangebote für Menschen, die soziale Hilfen benötigen - Stärkung der Beratungsangebote in den Nachbarschaftsbüros - stärkere Vernetzung der Stadtteilarbeit - Gemeinschafts-, Jugend- und Familienzentren sind Orte für gesellschaftliches Leben im Stadtteil - Einrichtung von weiteren bilingualen Kindergärten - zusätzlichen muttersprachlichen Unterricht für Kinder mit Migrationshintergrund an Schulen im Offenen Ganztags - Lübecker Aktionsplan zur Unterstützung von Alleinerziehenden 	<ul style="list-style-type: none"> - stärkere Nutzungsmöglichkeit von kulturellen Angeboten für alle gesellschaftlichen Schichten, um so deren Teilhabe zu sichern - Kinder mit besonderem Förderbedarf bereits in den KiTas sprachlich, körperlich und sozial fördern, damit sie fit für den anschließenden Schulbesuch sind und dem Unterricht gut folgen können - Netzwerke zur Unterstützung unerfahrener Eltern (siehe Punkt 11) - KiTas und Schulen bei der Aufgabe der Integration unterstützen, um Integrationsleistungen zu erfüllen 	<ul style="list-style-type: none"> - gute Schulen - gute Betreuung 	<ul style="list-style-type: none"> - Qualitätskonzept für nachschulische Betreuungsangebote, das den Qualitätsstandards der Horte entspricht - diskriminierungsfreier Sozialpass für alle Einkommensschwachen, um Zugang zu öffentlichen Einrichtungen (u.a. Kindergärten, Büchereien, Bäder, Museen, Theatern, Vereinen und öffentliche Verkehrsmittel) zu gewährleisten - Schaffung von Bedingungen, unter denen Literatur- und Lesebegeisterung sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen in allen Stadtteilen wachsen kann - kostenloser Eintritt in alle Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche - Einführung von Sozialtarifen bei Versorgungsbetrieben, Schaffung flächendeckender Strukturen zur Bereitstellung schneller Internetabdeckung - weitere Maßnahmen, die von Alleinerziehenden und Familien vorgeschlagen werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau des Lübecker Bildungsfonds 		<ul style="list-style-type: none"> - stigmafreie Förderung einkommensschwacher und benachteiligter Haushalte - Einführung einer Sozialstaffelung der Beiträge für die Kinderbetreuung - Ganztags-1-Plätze - kostenfreie Mahlzeiten in guter Qualität bei Tagespflege, Krippen, Kitas und Schulen - qualifizierte Hausaufgabenbetreuung - weniger Bürokratie für Beantragung von Bildungsfonds-Geldern - Ausbau der Bildungsfonds- und LÜBECKCARD Angebote - bessere Förderung und weiterer Ausbau von Mentoring Programmen (z.B. Stadtmütter, Lübecker Paten) 	<ul style="list-style-type: none"> - ** individuelle Förderung von Anfang an - Erhalt des Lübecker Bildungsfonds - kostenloses, gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen - frühzeitige Vorbereitung auf Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, Unterstützung bei der Berufswahl - Verzahnung zwischen Schule und Berufsberatung durch eine Jugendberufsagentur - mehr kostenlose/kostengünstige und interkulturelle Ferienpassangebote - kostenfreier Besuch der Lübecker Museen für alle Kinder und Jugendlichen - Förderung von Theater-, Kunst- und Musikangeboten, mehr Proberäume, legale Flächen für Graffiti - Förderung von Projekten wie Schule ohne Rassismus - Einrichtung von WLAN, Spiel- und Lernzimmer in Flüchtlingsunterkünften - auf Landesebene Einführung eines Rechts auf Schule auch nach dem 18. Lebensjahr, zur Erlangung eines Schulabschlusses - Angebote von Traumatherapie für Kinder mit Migrationshintergrund - Patenmodelle und Einzel-Vormundschaften für unbegleitete minderjährige